

# „Stromtrasse in Ostthüringen nicht nötig“

Grüne: Verzicht auf Koalitionsaussage

■ Von Franziska Höhn

**Gotha.** Vier Monate vor der Landtagswahl halten die Thüringer Grünen daran fest, keine Koalitionsaussage zu machen. „Wir wollen nicht die Frage in den Vordergrund stellen ‚Wer mit wem?‘, sondern unser Angebot“, sagte Spitzenkandidatin Anja Siegesmund. Allerdings gebe es bei vielen umweltpolitischen Positionen riesige Differenzen zur CDU, etwa beim Hochwasserschutz oder der Massentierhaltung. Bei einem Parteitag verabschiedeten die Grünen am Samstag in Gotha ihr Wahlprogramm. Vor einigen Wochen hatte sich die Grünen-Bundesvorsitzende Simone Peter für ein rot-rot-grünes Bündnis in Thüringen ausgesprochen. Die Thüringer Grünen ziehen mit ihren Kernthemen Umwelt- und Klimaschutz in den Landtagswahlkampf. Mit wem sie ihre Ideen umsetzen wollen, lassen sie weiter offen.

In der Energiewende hat Thüringen in den vergangenen Jahren viel verschlafen. Von dem Anspruch, bundesweite Modellregion zu werden, ist nichts zu merken. Wir haben jetzt die Situation, dass eine Hochspannungstrasse durch Ostthüringen diskutiert wird, ohne dass geklärt ist, ob fossile statt regenerativer Energie durch die Leitungen fließt.

Auch ist nicht ausgeschlossen, dass eine Förderung dezentraler Energieversorgung die Trassen überflüssig machen könnte. Wir wissen, dass die Energiewende auch von der Erleichterung der Netze abhängt. Allerdings muss dafür klar erwiesen sein, dass die Leitungen an dieser Stelle notwendig sind – und davon sind wir nicht überzeugt.

**Also, beim jetzigen Stand der Debatte eher gegen die Trasse?**

Ja, genau so ist es.

**In Ihrer Partei wird immer wieder der Vorwurf laut, die CDU habe als Regierung in den vergangenen 25 Jahren weitgehend versagt. Trotzdem wollen Sie sich nicht auf eine Koalition festlegen. Warum?**

Wir wollen nicht die Frage in den Vordergrund stellen „Wer mit wem?“, sondern unser Angebot. Wir haben ein breites Angebot etwa bei grünen Kernthemen wie Umwelt- und Klimaschutz. Dort sehen wir ganz klar Riesendifferenzen mit der CDU, was zum Beispiel das Thema Massentierhaltung angeht, beim Hochwasserschutz oder der Werra-Versalzung.

Und Thüringen braucht einen Schulfrieden. Wir sind die einzige Kraft, die sich an die Seite der freien Schulen stellt und sagt, die Ausbildung eines jedes Kindes in Thüringen ist uns gleich viel wert. Und wir wollen statt Filz und Vetternwirtschaft eine andere politische Kultur.

**Sie kündigt an, wieder mit Ihren grünen Kernthemen punkten zu wollen. Wie positionieren sich die Grünen dabei in der Debatte um den Bau der Hochspannungstrassen durch Thüringen?**



**Setzt auf grüne Kernthemen:** Grünen-Spitzenkandidatin Anja Siegesmund. Foto: dpa

**Dann sieht Ihr Programmwurf in vielen Bereichen ein Mehr vor: Mehr Lehrer, mehr Geld für Hochschulen, mehr Ökolandbau fördern und mehr Waldflächen stilllegen. Das alles kostet Geld. Wie soll das finanziert werden?**

Unsere Vorschläge sind gegenfinanziert. Wir wissen um die prekäre Haushaltssituation, aber auch, dass Geld häufig falsch ausgegeben wird. Der Rechnungshof hat zum Beispiel gesagt, das Land gebe viel zu viel Geld für technischen Hochwasserschutz aus und vergesse dabei den ökologischen. Wenn man weiß, was nachhaltig ist, kann man mit dem Geld anders umgehen. Dass wir aus der aktuellen Legislatur mit einer Null rausgehen, ist nur den sprudelnden Steuereinnahmen zu verdanken. Thüringens Schuldenstand von 16 Milliarden Euro geht auf das Konto der CDU und zeigt meiner Meinung nach, dass die CDU beweisen muss, dass sie mit Geld umgehen kann.

**Wo würden denn die Grünen Geld einsparen?**

Man muss in vielen Bereichen umsteuern. Vorrang haben Ausgaben für Bildung. Auf der anderen Seite leisten sich CDU und SPD eine Doppelstruktur mit dem auf Bundesebene beschlossenen Betreuungsgeld und dem Landeserziehungsgeld. Und es gibt viele andere Punkte, an denen das Geld umgeschichtet werden kann.

**ZUR PERSON:** Anja Siegesmund wurde 1977 in Gera geboren. Sie sitzt seit 2009 für Bündnis 90/Die Grünen im Thüringer Landtag und hat die Funktion der Fraktionsvorsitzenden inne. Die 37-Jährige geht als Spitzenkandidatin ihrer Partei in die Landtagswahl am 14. September.

# NSU-Ausschuss will mehr Zeit

König und Marx: Weitere Unterlagen müssen noch gesichtet werden

■ Von Sebastian Haak

**Erfurt.** Eigentlich müsste sich der NSU-Untersuchungsausschuss des Thüringer Landtages in diesen Tagen darauf konzentrieren, seinen Abschlussbericht zu erstellen. Doch noch immer gilt es, parallel dazu Aktenbestände zu sichten, die bislang un bearbeitet sind.

So sei der Ausschuss „aufgrund der Fülle der Arbeit“ erst jetzt dazu gekommen, Aktenbestände im Thüringischen Hauptstaatsarchiv in Weimar einzusehen, die augenscheinlich von Bedeutung für den Untersuchungsauftrag seien, sagte die Vorsitzende des Gremiums, Dorothea Marx (SPD). Die Akten ständen auf einer Liste, die das Archiv dem Ausschuss schon im März 2013 zugestellt habe. Der Ausschuss muss seine

Arbeit in jedem Fall mit dem Ende der laufenden Legislaturperiode im Herbst einstellen. Aktuell wird der Abschlussbericht erstellt. Wann er dem Parlament vorgelegt werden soll, steht noch nicht fest.

**■ Besser informiert**

Marx sagte, mit den Akten des Hauptstaatsarchivs kämen 20 weitere laufende Aktenmeter zu den etwa 7000 Aktenbänden hinzu, die dem Ausschuss für seine Arbeit jetzt schon zur Verfügung stünden. Zusätzlich seien vermutlich auch in den fünf Zweigstellen des Thüringischen Staatsarchivs weitere Unterlagen zu finden, die für den Ausschuss relevant seien könnten. Sie selbst habe in Weimar zweimal stichprobenartig Einsicht in das Material genommen,

# Tausende wollten Staatskanzlei besuchen

Liedermacher singt mit Kindern des „Weimarer Dreieckchens“ beim Europafest in Erfurt

**Erfurt.** (dpa/fg) Etwa 6000 Thüringer haben den Samstag für einen Blick hinter die Kulissen der Staatskanzlei genutzt. Alle Führungen durch das Büro der Ministerpräsidentin, den Kabinettsaal und die Salons seien bis zum Abend ausgebucht gewesen, teilte die Staatskanzlei in Erfurt mit. Besonderes Interesse erweckten demnach die Vitrinen mit den Staatsgeschenken. Vor der Tür lud die Landesregierung zeitgleich zum Europafest.

Dort gab unter anderem der Liedermacher Rolf Zuckowski mit dem Kinderchor „Weimarer Dreieckchen“ ein Konzert mit deutschen, polnischen und französischen Liedern. Das „Weimarer Dreieckchen“ besteht aus 10- bis 11-Jährigen, die aus Thüringen, der französischen Picardie sowie der Region Klempenow bei unseren östlichen Nachbarn kommen. Sie hatten zuvor an einer Europawoche in Nordhausen teilgenommen, um sich gegenseitig kennenzulernen.

Das Projekt soll die Kinder „altersgemäß zur Selbstbestimmung befähigen sowie zur gesellschaftlichen Mitverantwortung und zum sozialen Engagement anregen“, sagte Dieter Hackmann, Vorsitzender des Vereins Weimarer Dreieck.



**„Lieder sind Brücken“:** Das sangen die Kinder aus Frankreich, Polen und Deutschland als „Weimarer Dreieckchen“ gemeinsam mit Kinderlieder-Spezialist Rolf Zuckowski in Erfurt. Foto: Marco Schmidt

# „Strafe“ für den Krieg hat den Osten deutlich härter getroffen

Podiumsdiskussion zur getrennten Entwicklung nach dem Krieg – TLZ-Chefredakteur Hilder moderierte

■ Von Jürgen Backhaus

**Asbach-Sickenberg.** Das Grenzmuseum Schiffersgrund steht auf Thüringer Gebiet, aber seine „Hessenhalle“ auf der anderen Seite der einstigen Grenze, die jahrzehntlang Deutschland teilte. Und so spielte gestern auf der Gedenkveranstaltung zum Kriegsende am 8. Mai 1945 und zur Grenzöffnung vor nunmehr 25 Jahren das Thüringer Polizeiorchester in Hessen.

Nach der Begrüßung zahlreicher Ehrengäste sprachen CDU-Bundestagsabgeordneter Manfred Grund sowie Vizekonsul Andrzej Dudzinski vom Generalkonsulat Polens in Köln und Alexander Nadezhin vom Russischen Generalkonsulat Leipzig Worte des Gedenkens an die Opfer und darüber, dass aus der Geschichte Lehren gezogen werden müssten für die Zukunft, wobei der Vertreter Russlands die Rolle der Sowjetunion beim Sieg über Nazideutschland betonte und vor einer neuen „braunen Pest“ warnte.

Dem schloss sich eine Podiumsdiskussion über den Wiederaufbau und den Neuanfang in Deutschland ab 1945 in zwei politischen Systemen an. Zunächst fragte aber der Moderator, TLZ-Chefredakteur Bernd Hilder, Staatssekretär Professor Thomas Deufel (Thüringen, SPD), Staatsminister

Axel Wintermeyer (Hessen, CDU), den Eichsfelder Vize-landrat Gerald Schneider (CDU) sowie den Landrat des Werra-Meißner-Kreises, Stefan Reuß (SPD) nach ihrer Position zu den aktuellen Vorgängen in der Ukraine. Mehr oder weniger übereinstimmend meinten diese, dass das prorussische Referendum völkerrechtswidrig sei, wobei Wintermeyer neben Sanktionen im Blick auf eine eventuelle Bedrohung auch der

baltischen Länder die Verteidigungsfähigkeit der EU anmahnte, sich Landrat Reuß ebenfalls für Sanktionen als Druckmittel aussprach und Gerald Schneider zu bedenken gab, dass der bei der Wiedervereinigung geäußerte Wunsch Russlands, dass Europa und Nato nicht zu nahe an es heran rücken sollten, nicht richtig gehört worden sei.

Deufel warnte, nur einen Standpunkt gelten zu lassen. Man müsse aus unterschiedlichen

Perspektiven zu gemeinsamen Handlungen kommen.

In der Diskussion über die getrennte Nachkriegsentwicklung stellte Landrat Reuß fest, dass diese aus der damaligen Sicht der Siegermächte erfolgt und Deutschland für seine Schuld zur Rechenschaft gezogen worden sei, diese Staaten aber mit ihren besetzten Gebieten unterschiedlich umgegangen seien. Wenn von „Strafe“ die Rede sei, so Schneider, habe der Osten

eine härtere Strafe erhalten. Durch die Teilung des Eichsfeldes und die Grenzänderung im Wanfrieder Abkommen sei die Region „tüchtig durcheinander gebracht“ worden. Dazu meinte Wintermeyer, auch der Westen habe sich besetzt gefühlt, aber das Glück gehabt, von demokratischen Ländern besetzt gewesen zu sein, die Freiheit boten.

Bernd Hilder lenkte das Gespräch wieder direkt auf das konkrete Erleben der Teilung im Eichsfeld, so dass Gerald Schneider Gelegenheit bekam, zum Beispiel zu erläutern, dass die Region sich durch ihre katholische Mehrheit und ihre Bodenständigkeit immer schon vom Umland unterschieden habe und auch während der DDR-Zeit und bis heute nicht „staatsgläubig“ sei. Heute könne der Landkreis Eichsfeld stolz darauf sein, die höchste Rückkehrquote in ganz Ostdeutschland zu haben. Sehr dankbar sei man hier aber den Nachbarkreisen und den Nachbarländern Thüringens für die große Hilfe beim Neuanfang nach der Wende.

Wie Schneider und sein Kollege Reuß in der Schlussrunde betonten, arbeiten die Landkreise Eichsfeld, Werra-Meißner und Göttingen (Niedersachsen) heute etwa bei Wirtschaftsansiedlungen so gut zusammen, dass auch Ländergrenzen keine Rolle mehr spielen.



**Das Podium v.l.:** Vizelandrat Gerald Schneider vom Landkreis Eichsfeld, Staatssekretär Prof. Thomas Deufel vom Freistaat Thüringen, TLZ-Chefredakteur Bernd Hilder (Moderator), Staatsminister Axel Wintermeyer vom Land Hessen und Werra-Meißner-Landrat Stefan Reuß. Foto: Jürgen Backhaus

# Pflegezeit kaum gefragt

Bundesweiter Aktionstag – Wenig Bedarf der Unternehmen

■ Von Katrin Zeiß

**Erfurt.** Die Pflege hilfsbedürftiger Menschen ist in Thüringen bisher vor allem Sache der Familien. Damit sie dies und den Beruf besser miteinander vereinbaren können, gibt es die Familienpflegezeit. Auf sie wird bisher offensichtlich kaum zurückgegriffen. Eineinhalb Jahre nach Einführung der Familienpflegezeit für Arbeitnehmer mit hilfsbedürftigen Angehörigen ist unklar, in welchem Umfang diese in Thüringen genutzt wird. Seit ihrer Einführung Anfang 2012 seien nur sehr vereinzelt Anfragen von Unternehmen zur Familienpflegezeit eingegangen, hieß es von der Industrie- und Handelskammer (IHK) Erfurt. Bei den Unternehmen in Südthüringen bestehe bislang überhaupt kein Beratungsbedarf,

sagte eine Sprecherin der IHK in Suhl. „Das ist für sie offenbar nicht so ein prioritäres Thema.“ Belastbare Zahlen zur Nutzung in Thüringen liegen weder dem Sozial- noch dem Wirtschaftsministerium vor.

Die Regelung bestimmt, dass Arbeitnehmer zur Pflege naher Angehöriger ohne extrem große Gehaltseinbußen bis zu zwei Jahre in Teilzeit arbeiten können – allerdings nur, wenn der jeweilige Arbeitgeber einer individuellen Regelung zustimmt. In Thüringen sind mehr als 82 000 Menschen pflegebedürftig. Drei von vier Pflegebedürftigen werden von Angehörigen oder ambulanten Diensten versorgt.

„Der hohe Anteil an Pflege durch Angehörige ist ein Hinweis auf ausgeprägte familiäre Unterstützungssysteme“, sagte Sozialministerin Heike Taubert

(SPD) anlässlich des Tages der Pflege an diesem Montag. Die Familienpflegezeit soll die Vereinbarkeit von Pflege und Job verbessern.

Die Diakonie Mitteldeutschland wird zum bundesweiten Aktionstag in fünf Thüringer Städten unterwegs sein. Los geht es symbolträchtig um fünf vor zwölf in Erfurt, Nordhausen, Gotha, Rudolstadt und Schleusingen – auf großen Wänden werden die Kernforderungen für ein „Rettungspaket Pflege“ gezeigt. Bundesweit wurden nach Angaben des Bundesfamilienministeriums seit 2012 lediglich 304 Anträge auf Familienpflegezeit gestellt. Ein Rechtsanspruch auf Familienpflegezeit gehört zu den Plänen der Bundesregierung für eine Pflegereform. Dies wird vom Thüringer Sozialministerium unterstützt.